Harzer Post

Braunlager Tageblatt

Geschäftsstelle: Karl Müller, Braunlage im Harz, Herzog-Wilhelm-Straße 20. Fernsprecher Nr. 165.

Tagesanzeiger für die Gemeinde Braunlage.

Wernigeröder Kreiszeitung

Geschäftsstelle: Harzer Graph. Kunstanstalt, Wernigerode, Westernstraße 23, Fernsprecher Nr. 43.

Wirksames und verbreitetes Inseratenorgan.

Erscheint täglich mittags abends. Der Bezugspreis beträgt monatlich bei freier Zustellung frei Haus 90 Pfg. Postbezugspreis 90 Pf. ausschließlich Postgebühr. Postscheckkonto Amt Hannover 2135.

Nationale Tageszeitung für den gesamten Harz

Anzeigen 20 Pfg. für den Millimeter Höhe m. Spalte, für Anzeigen a. d. Harz 15 Pf. Tabellarischer Satz 3 Pf. mehr für den Millimeter. Platzvorschrift ohne Garantie 20 Pf. Nachweisgebühr 100 Pf. für den Millimeter. Anzeigen laut unser erhalten.

Redaktionelle Leitung: F. W. Forker verantwortlich für den gesamten Textteil; für Handel, Verkehr, Provinz und Allgemeines: K. Abgarten. Für Anzeigen: H. Neuteck. Rotationsdruck und Verlag Harzer Graphische Kunstanstalt Günther Kraatz Schneider sämtlich in Wernigerode.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung des bereits entrichteten Bezugspreises.

Nr. 12. **Montag, den 15. Januar** **1923.**

Die deutsche Protestnote.

Berlin, 14. Januar. Die Reichsregierung hat zum heutigen französischen Botschafter folgende Note mit der Aufforderung des Einverstehens übermittelt:

Herr Botschafter!

Auf die Mitteilungen, die Ew. Exzellenz mir am 10. Januar mündlich und schriftlich gemacht haben und die gleichzeitig dem deutschen Botschafter in Paris von der französischen Regierung zugegangen sind, beehre ich mich im Namen der deutschen Regierung zu erwidern:

Die französische Regierung hat ebenso wie die belgische Regierung eine Aktion gegen das Ruhrgebiet beschlossen, die sie als Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren und Offizieren bezeichnet. Diese Kommission soll, von Truppen gefolgt, die Tätigkeit des Reichsministeriums überwachen, die genaue Durchführung des Programms der Reparationskommission überwachen und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen treffen. In diesem Zusammenhang soll sie mit Disziplinar-Befugnissen ausgestattet werden. Sie soll volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung, die Vertreter von Industrie und Handel des besetzten Gebietes erhalten. Auch die Handelskammern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie den deutschen Handelsattaché in Paris sollen jede Auskunft zu geeignet scheinenden Fragen erteilen. Bücher und die Akten und Archive der Behörden, Banken und andere Anlagen zu durchsuchen. Auch soll der deutschen Regierung von den örtlichen Behörden zugegangenen Meldungen hat die Durchführung der Aktion inzwischen begonnen. Französische und belgische Truppen in bedeutender Stärke sind in voller Kriegsmäßiger Ausrüstung in das Ruhrgebiet eingezogen. Die französische Regierung erklärt ihre Aktion auf die Feststellungen der Reparationskommission über den Stand der deutschen Kohl- und Kohlenlieferungen und beruft sich dabei auf die Paragraphen 17 und 18 der Anlage 2 zum Teil 8 des Versailler Vertrages. Demgemäß erklärt sie, daß sie für den Augenblick nicht an eine militärische Aktion oder eine Besetzung mit politischem Charakter denke. Sie glaubt hinzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zähle, die das größte Interesse habe, die Arbeit der Kommission und die Unterbringung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Irrtum, der diesen Maßnahmen zugrunde liegt, zurückweisen. Sie ist aber gewillt, sich den Entscheidungen, die die französische Regierung auf Grund dieses Irrtums getroffen hat, nicht zu widersetzen, obwohl sie sich der gegenwärtigen Aussicht eingeschrieben sieht.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die Regierung als einzigen tatsächlichen Anlaß für diesen Vertragsbruch die Tatsache heranzuziehen vermag, daß Deutschland für das Jahr 1922 mit verhältnismäßig geringen Rückständen in der Lieferung von Holz und Kohle im Rückstande geblieben ist. Nach den umgehenden Feststellungen, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des deutschen Vorschlages unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit für jeden Fall bewirkt hat, genügen diese geringfügigen Rückstände des französischen Departements, um auch nur einen militärischen Anlaß in deutschen Gebiet einzudringen und die Hand auf den wichtigsten Besitz der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die Ihrmit einer wehrlosen Volk angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich den Feldenbarrah zu sagen oder gar, wie sie ausdrücklich wird, bei der Durchführung des französischen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück. Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch befohlen haben. Diese Folgen haben sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und einer sprunghaften Steigerung aller Preise in Deutschland gezeigt. Die fürsorgen wirtschaftlichen und politischen Folgen werden weiterhin Solange das verhängnisvolle Zustand geschaffen durch den gewaltsamen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert und seine katastrophalen Folgen nicht beseitigt sind, in Deutschland nicht in der Lage, Leistungen zu befangen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.

Indem ich Sie bitte, Vorstehendes Ihrer Regierung gefälligst kennen zu lassen, bitte ich Sie, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin.

Berlin, 14. Januar. In der gestrigen Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder aus der Reichskanzlei ein Bild der allgemeinen Lage und einen Bericht über die Reparationsfrage und die von der Reichsregierung in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte sowie auf die durch die entstehenden Folgen für die Ruhrgebiets gelehnten Lage ein. Der Reichsminister des Aeußern machte hieran ergänzende Mitteilungen. Bei der folgenden Aussprache hatten die Vertreter der Länder einmütig das Verhalten der Reichsregierung. Dabei gab der bayerische Ministerpräsident folgende Erklärung ab:

„Wir haben aus dem Munde des Reichskanzlers und des Herrn Außenministers vernommen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, den schrecklichen Unrecht, das Frankreich im Widerspruch mit dem Völkerrecht und selbst mit dem Inhalt des Friedensdiktats von Versailles trotz der Warnung einzelner seiner Alliierten über Deutschland nunmehr verhängt, nach Möglichkeit der gegebenen Möglichkeiten eine würdige und passende Abwehr entgegenzusetzen.

Diese feste Haltung der Reichsregierung wird, wie wohl in allen deutschen Landen, so auch in Bayern freudige Zustimmung und tatkräftige Unterstützung finden. Heute geht es um die Würde der Nation, um Deutschlands Zukunft, Rettung und Freiheit. In dieser Stunde der höchsten Gefahr ist es für alle deutschen Stämme selbstverständliches Gebot, sich um die Reichsregierung zu scharen und ihr den Rücken stärken zu helfen. Das bayerische Volk ist bereit, im Kampfe gegen die Ohnmacht, die französische Herrschsucht und Gewaltpolitik zu stellen, und in dieser Gesinnung hat es unerhörten Zwangen, der unserem mehr wurdigen Volke auferlegt wird, mit der Reichsregierung bis zum Letzten durchzuhalten. In Bayern hofft man zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch durch den Rücktritt Poincaré von seinen Forderungen nicht abgehen, sondern sich stark bleibt. Heute darf es in allen deutschen Landen nur eine Losung geben: Deutschlands Zukunft und Ehrenhaft, Rettung und Freiheit. In dieser Stunde der höchsten Gefahr ist es für alle deutschen Stämme selbstverständliches Gebot, sich um die Reichsregierung zu scharen und ihr den Rücken stärken zu helfen. Das bayerische Volk ist bereit, im Kampfe gegen die Ohnmacht, die französische Herrschsucht und Gewaltpolitik zu stellen, und in dieser Gesinnung hat es unerhörten Zwangen, der unserem mehr wurdigen Volke auferlegt wird, mit der Reichsregierung bis zum Letzten durchzuhalten. In Bayern hofft man zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch durch den Rücktritt Poincaré von seinen Forderungen nicht abgehen, sondern sich stark bleibt. Heute darf es in allen deutschen Landen nur eine Losung geben: Deutschlands Zukunft und Ehrenhaft, die Reichsregierung über alles!"

Im weiteren Verlauf der Besprechungen wurden die innerpolitischen und wirtschaftlichen Frage behandelt, wobei der Reichsministerpräsident über den Stand der Reichsregierung gestanden.

Mißhandlungen gegen Deutsche und Schiedsrichter.

Mißhandlungen gegen Deutsche und Schiedsrichter sind an der Tagesordnung. Die betreffenden Gesetzentwürfe werden ebenso wie bisherigen die sich gegen die Ausnahme im Handel mit edlen und unedlen Metallen, sowie den Devisenhandel richten, schließen mit größter Beschleunigung zugehen. Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsverkehrsminister brachten über die Schwierigkeiten, die der Reichsregierung hinsichtlich über die Ernährungslage. Ebenso wurde die Ausführungsfrage erörtert. Man schloß darüber die Notwendigkeit, Vertreter der Länder für die Gesetzesarbeit, Ruhr und Festlegt, mit der sie sich einstimmig hinter die Reichsregierung gestellt hätten.

Ruhrbesetzung und Rauh-Oberschlesiens.

Wo bleib das Minus der Reparationsabteilung?

Gleiwitz, 14. Januar.

Nach den gestern von den Präsidenten der Kriegslastenkommission, Generalsekretär Fischer vor der Reparationskommission gemachten Ausführungen hat Deutschland an Reparationssachlieferungen bis Ende 1922 geliefert, während die Reparationskommission 1 050 000 To. und überdies 135 000 To. oberschlesische Kohle forderte. Nehmen man monatlich 22 Tage zu 7½ Stunden = 11 170 Arbeitsstunden im besetzten Gebietsabschnitt an, dann sie forderte die Reparationskommission von jeden 3 Arbeitsminuten einen Eisenbahnzug von rund 1000 Zentner = 50 Tonnen. Da 200 Arbeitstage sie entschlich von je 5 Arbeitsminuten der deutschen Steinkohlenförderung soll 70 Eisenbahnzüge mit je 1000 Zentner erhalten sein. Fischer angegeben und ihre sinnfällige gegeben Differenz ist also, an dem Angebotenen gemessen, das von uns geliefert worden ist, nicht übermäßig groß. Aber wo sind die 135 000 To. oberschlesische Kohle hingekommen? Die Antwort liegt in vollkommener Klarheit offen da. Die schlechte Reparationsbilanz ist nach Berechnungen der Sachverständigen des Deutschlands Oberschlesiens geraubt haben, von den gleichgültig Frankreich, Italien und Belgien. Die Praxis der Reparationsabteilung geht, Frankreich hätte die ihm fehlende Reparationsmehrheit stets erfechten können, wenn es sie gewollt hätte, gelassen hätte!

In den ersten vier Monaten seit dem Uebergange „Polnisch"-Oberschlesiens an Polen — Juli bis Oktober 1922 — wurden von „Polnisch"-Oberschlesien nach Polen frei im Frieden nur geringe Mengen oberschlesischer Kohle verfrachtet, 1 661 579 To. Kohle versandt, durchschnittlich also 415 045 To., während die Reparationskommission 350 000 To. + 125 000 To. mehr verlangte als geliefert werden konnten. Das von der Reparationskommission über die noch Polen gegangene Menge von 415 045 To. hinaus verlangte Mehr von monatlich rund 60 000 To. Reparationskohle hätte ohne weiteres aus der oberschlesischen Steinkohle gedeckt werden können, betrugen diese doch „Polnisch"-Oberschlesien während der Berichtszeit durchschnittlich über 500 000 To. (in Deutsch-Oberschlesien nur annähernd 42 000 To.) Das ist natürlich kein genau Satz zu verstehen, denn in einem deutschen Oberschlesien hätte es Halbenbestände in dieser Höhe nicht gegeben, sondern die Förderung wäre glatt abgesetzt worden und wahrscheinlich noch bedeutend höher gewesen.

Ein merkwürdiges Verbot.

Wie paßt das zu heutigen Stimmung?

Berlin, 14. Januar. Der Innenminister Preußens, Herr Severing, hat den Innenverband deutscher Soldaten für Preußen verboten. (Trotz der Not der Zeit nichts gerecht und nichts vergessen!)

Französische Propaganda.

Mit der französischen Einfallermee ist ein Heer französischer Reporter auf Militär- und requirierten Autos ins Ruhrgebiet gekommen. Die interessanten alle einem Nachrichtenoffizier des Oberen Generalstabes, der die Tätigkeit für die Berichterstattung leitet. Ihre Tätigkeit ist dadurch liegt der Zensur dieses Offiziers, damit die Welt nur das erfährt, was nun im Interesse Frankreichs für gut hält. Diese französischen Journalisten üben also das Gewerbe Spitzeldienst dafür, während den deutschen und neutralen Journalisten zum Teil der Besuch überhaupt gesperrt war. Auch bei der Besprechung der französischen Journalisten mit der französischen Delegation verbietet wurde, ist besonders Veto. Der Zeit wird jedoch den entsprechenden Gebrauch zu machen wissen. Mit den französischen Propagandaberichterstattern sind auch über 50 Propagandabeflmsoperateure und sie dementsprechende Zahl Photographen angerückt.

Der Proteststurm gegen den französischen Einfall.

Im ganzen deutschen Reich und im Ausland mehren sich die Proteste gegen den französischen Vorstoß ins Ruhrrevier, es häufen Proteste vor: von den Gewerkschaften Westdeutschlands, von dem Westdeutschen Verband des Deutschen Gewerkschaftsbundes, von der Ruhrer Studentenvertreterversammlung usw.

Das Wirtschaftsministerium über den Einmarsch.

Keine Zweifel an Wirtschaftsnöten.

Berlin, 12. Januar. Einen Redaktionsmitglied der Zeit registriert hat ein besonders berufener Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums ausführliche Mitteilungen über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet gemacht, der auch das ganze übrige Deutschland stark in Mitleidenschaft wird. Wirtschaftlich werden es sich in sehr starker Verbindung der Kohlenbecken, damit Schwächung und Verschlechterung der gesamten Industrie, Minderung der Produktion und der Muskeln und Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigen. In sozialer Hinsicht ist zu erwarten, daß Frankreichen und Belgien alles tun werden, um die Ruhrbevölkerung selbst, nunmehr auch über die Grenzen des besetzten Gebietes hinaus ins ganz Maß getangen werden. Die Gemeinden werden in Zukunft nicht in der Lage sein, die Ruhrbevölkerung in dem bisherigen Umfang mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Folgen werden sich in sehr starker Verbreitung der Arbeitslosigkeit

Der Protest des Reichstages.

Eine Rede des Kanzlers. — Gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Parteien. — Die Sozialdemokratie schloß sich aus. — Herr Hermann Müller spricht gegen Revanche und fordert Erfüllungspolitik. — Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Gestern hat man in Deutschland überall bemanteltet und dabei viel von der Einigkeit des deutschen Volkes geredet. Am lautesten riefen die, welche daran Schuld sind, „daß es soweit kam", die Vertreter der Erfüllungspolitik. Ausgerechnet der Mann, welcher den Frieden von Versailles unterzeichnete, Hermann Müller aus Berlin, vormals leider Reichskanzler, war es vorbehalten, im Reichstage Töne anzuschlagen, wie man sie vielleicht zu Wahlzeiten in einer Parteiversammlung zu hören gewohnt ist, nicht aber bei einer Kundgebung, wie sie diese Reichstagssitzung darstellen sollte. Diese Mann, den die ganze Schwere der ungeheuren Last, die heute auf Deutschland drückt, trifft (neben Wirth und Erzberger) hätte wahrlich Grund genug, überhaupt aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden. Statt dessen diese Rede! Wie geben sie im Fetzdruck wieder, damit das deutsche Volk, vor allem aber die deutsche Arbeiterschaft, sieht, was sie für Führer hat, die sie und uns die heute so herrlich weit „gebracht" haben.

Aus der Bericht:

Berlin, 14. Januar.

Im Reichstage bietet sich heute das Bild eines großen Tages. In den Wandelsälen herrscht seit der gestern Nachmittag schaffen Tonart. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Tribünen und Logen überfüllt. Bei bemerkt wurde, daß der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger in der Diplomatenloge nicht erschienen waren. Um 2½ Uhr erschien der Reichskanzler an der Spitze des ganzen Kabinetts im Sitzungssaale.

Reichstagspräsident Löbe

eröffnete die Sitzung kurz darauf mit kräftigen Worten des Protestes gegen den französischen Reichsbruch und den Einbruch französischer Truppen in deutsches Gebiet ein. Die Truppen wagen skrupellhaftig ausgerechnet, da der Ruhr marschierten Kavallerie-Abteilungen mit gezogenem Säbel. Panzerwagen fuhren auf, Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht und die Besatzungsgeschütze erklärt. Und das gegenüber einem Lande und einem Volke, das die Entwaffnung restlos durchgeführt hat und nicht daran denken kann, Widerstand zu leisten. Den einzigen leisten Maßnahmen ging eine Note der französischen und belgischen Regierung voraus, in der angekündigt wurde, daß die beiden Regierungen eine Kontrollkommission der Ingenieure zu entsenden gedächte, um festzustellen die Lieferung von Holz und Kohle von Deutschland zu überwachen.

Der Reichskanzler skizzierte dann den Inhalt des Noten, die der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger unseren Außenminister überreicht haben. Er wies insbesondere darauf hin, daß die französische Regierung in dieser Note an den guten Willen der deutschen Regierung appelliere. Die französische Regierung tue das, die diese Note angeblich auf den Friedensvertrag von Versailles fußt, der feinerzeit vor genau drei Jahren zustande kam, und der einen festen, gesetzten und dauerhaften Frieden zu schaffen und die Beziehungen des internationalen Rechts wieder voll in Kraft zu setzen; denselben Vertrag, der in seiner Einleitung betont, daß nunmehr in der Welt Gerechtigkeit herrschen soll und daß ein Programm der Versöhnung eingeleitet werden solle. In diesem Vertrage hat die deutsche Regierung große Verpflichtungen übernommen, die weit über das Maß hinaus gingen, was im Vorfrieden vom 14. November 1918 übernommen worden war. Aber in Form die Note war, daß Deutschland damals übernahm, so sollten doch die Leistungen Deutschlands nur entsprechen den Fähigkeiten, sollten der Leistungsfähigkeit Deutschlands angemessen sein. Gleichwohl war Deutschland ehrlich bemüht,

bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit

die wirtschaftlichen Reparationen zu leisten. Der Reichskanzler stellte in diesem Zusammenhang fest, was Deutschland schon alles geleistet hat. Die volle Leistungen sind durchgeführt worden fast ohne Rücksicht auf die eigene Leistungsfähigkeit und haben jetzt, wie klar vor aller Augen liegt, zu einem vollkommenen Verfall der deutschen Wirtschaft geführt, und dieses Schicksal von Deutschland ist weiterhin das Schicksal von Europa, wenn höchster internationaler Abhilfe nicht. Trotzdem hat es Polnareg gewagt, zuzusetzen an die Note, daß Deutschland nicht in der Lage sei, zu leisten, was nicht das ganze große gewaltige Problem in sich schließen, sondern nur die kleinen Versäumnisse Deutschlands in den Vierteljahrszahlungen, die wenige Prozent betrügen ausmachen, was wir seit dem Waffenstillstand geleistet haben. Deswegen und wegen Schwierigkeiten und Verzögerungen unserer internationalen Pioniere eine militärische Aktion, die Kosten von unübersehbarem Umfange macht und geradezu verhängnisvoll die Mittel für unprodukties Gebiet binden würde. Wir bitten die militärischen Gründe, die Herr Poincaré in seiner Rede-Verfassung gestand macht? Nach der ausdrücklichen Feststellung von Versailles-Vertrag-Unterzeichnung des Versailles Deutschlands hat der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgemacht, was wir seit dem Waffenstillstand geleistet haben. Trotzdem und wegen Schwierigkeiten und Verzögerungen unserer internationalen Pioniere eine militärische Aktion, die Kosten von unübersehbarem Umfange macht und geradezu verhängnisvoll die Mittel für unprodukties Gebiete

Möglichkeit der Ausdehnung; aber mit bestmöglichem Eifer füllte es in jedem Tätigkeitsbereich seinen Platz aus, immer in vorderster Reihe. Seine Universitäten, seine technischen Hochschulen, seine Schulen waren vorbildlich für die ganze Welt. Dank seiner in jeder Beziehung gediegenen Schulwerkstätte und dadurch seiner hochentwickelten Industrie beherrschte es die anderen Völker ohne Ausnahme. Seine Verwaltungs- und Organisationsmethoden verstehen die Welt in Erstaunen. Nicht nur in der Eisenindustrie, auf dem Gebiete des Hüttenwesens und des Maschinenbaues, auch in der chemischen und in der Farbenindustrie genoß es eine nahezu unumstrittene Vorrangstellung. Man ging nach Deutschland, nicht nur um Handel zu treiben, sondern wo allen Dingen, um zu lernen. Man fuhr nach Deutschland, um zu lernen und zu studieren, um sein Wissen zu bereichern an den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Denker und Künstler, an Europas größter Geistesbodenkunst. Goethe so, z. Deutschlands geistige und wirtschaftliche Stärke, seine Stellung auf dem Weltmarkt und in der Weltwirtschaft sind so dadurch erschüttert worden, daß sie alle Kulturgemeinschaft zu zerschlagen und Europa in ein Chaos zu stürzen, es dem Untergange zu bringen, wie einst das große römische Reich.

(Schluß folgt.)

* **Verein für Kunst und Wissenschaft.** Die angekündigten wissenschaftlichen Vorträge beginnen heute abend pünktlich 8 Uhr mit dem Antrittsvortrag des Herrn Privatdozent Dr. Heyl: „Gerhart Hauptmann". Die Kurse finden alle statt außer der Shakespeare-Vorlesung, die Donnerstagabend stattfinden wird, die wegen zu geringer Beteiligung ausfallen muß. Sie finden alle im Gymnasium statt, nur der kunstgeschichtliche Kursus des Dr. Deneke im Lyzeum. Da eine Reihe von Hörern am Dienstag nicht kommen, da heimgegen der Singabend in Anspruch genommen sind, wird der Kursus von Dr. Heyl auf Donnerstag verlegt (8—9). Im Anschluß daran finden von 9—10 Uhr die Kaufmännischen Kurse Dr. Treitel statt. Die Kurse wird wahrscheinlich am Freitag von 9—10 Uhr vortragen, so daß auch hier ein Zusammenfallen mit einer anderen Vorlesung vermieden wird. In den am Mittwoch abend beginnenden Modellierkursus (Werkstatt des Gymnasiums, Zutritt vom Hof) wollen die Zeichnehmer eine Arbeitsschürze mitbringen. Material wird zunächst nicht gestellt. Nach baldmöglichste Anmeldungen wolle man umgehend an den Geschäftsführer Studienrat Stilleschick) sei noch erwähnt, daß auf das Preisausschreiben des Vereins bezügl. eines Heimatliedes bereits 8 Einsendungen eingegangen sind. Weitere Sendungen an Herrn Journalistdirektor Wenge erbeten.

= **Neuhaldensleben.** Wie wir bereits gemeldet haben, zu erinnern, daß Dienstag, den 16. d. M., nachm. 2 Uhr, in der Aula der Mädchen-Mittelschule (Oberpfarrkirchhof) die jährliche Generalversammlung stattfindet, in welche nicht nur Korporationsmitglieder, Vorstandsmitglieder usw. erfolgt, sondern auch jeder wichtige Fragen verhandelt und entschieden wird, die über weitere Fortbestehen des Bundes von Wichtigkeit sind. Der Vorstand erwartet darum die Teilnahme und Mitarbeit aller Mitglieder, wenn Erspreßliches geleistet und der Bund zum Wohle seiner Mitglieder weiter bestehen soll. Selbstlose zu Opfer und Wohlfahrt muß der oberste Grundsatz aller Deutschen sein gegenüber dem ränkesüchtigen und lügnerischen Verhalten unserer Feinde.

* **Singabend.** Die Uebungen zum Frühjahrskonzert haben begonnen, und es ist nur zu wünschen, daß von Anfang an eine treue und regelmäßige Beteiligung seitens der Damen und Herren die Proben am Dienstag abend förderten. Prächtige Chorwerke zu Texten von unserem Großmeister Goethe kommen zur Einstudierung. Das nächste Konzert wird diesmal nur weltliche Musik bringen, und Tonmeister wie Beethoven, Brahms, Wilhelm Berger und Felix Mendelssohn werden auf dem Programm stehen.

Die neuesten Nachrichten vom Tage.

Eigener Fernsprechdienst mit unserem Berliner Büro vom 15. Januar 1923.

Die bürgerliche Kundgebung in Berlin auf dem Königsplatze. — Die Sozialdemokraten haben sich geweigert daran teilzunehmen. — Die Kommunisten als Fahnenverbrenner. — Würdige Feier in München und Stuttgart. — Zwischenfälle in Stettin. — Gegen Ententekommissionen. — Verhinderte Zwischenfälle in Berlin. — Auch Dortmund und Barmen vor der Besetzung. — Zwischenfall bei Essen. — Befehl zum rücksichtslosen Schußwaffengebrauch der Franzosen. — Der nächste Verfalltag der 31. Januar. — Verfügungen des Reichskohlenkommissars. — England und Amerika geben auf deutschen Protest gar keine Antwort.

Zwischenfälle in Stettin.

Die Trauerkundgebungen in Berlin.

Berlin, 15. Januar. (Tel.) Die gestrigen Kundgebungen gegen den französisch-belgischen Rechtsbruch haben alles übertroffen, was Berlin in den letzten Jahren an Demonstrationen sah. Der Aufmarsch der Arbeiterschaft nach den Sammelplätzen vollzog sich in musterhafter Ordnung, ebenso die Aufnahme des Platzes. Die Sozialdemokraten hatten ihre Weigerung zur Teilnahme an der gemeinsamen Trauerdemonstration aufrechterhalten und begründeten sie zum Teil damit, daß die Zahl der Zentrumsanhänger und die Demokraten in Berlin so gering sei, daß es sich in der Hauptsache von bürgerlicher Seite um die Veranstaltung der Rechten handle, denen zusammen sie (die Sozialisten) nicht demonstrieren. Jedenfalls waren aber bei den bürgerlichen Demonstrationen nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch die Demokraten und Zentrumsanhänger in starker Zahl erschienen. An der Siegessäule sprach Dr. Stresemann, unter davon Staatsminister a. D. Dr. Spahn. Ferner Prof. Kahl, Prof. Schücking und Abg. Thiele. Auch der Reichskanzler war erschienen. Zu Zwischenfällen ist es irgendwo gekommen, wie es gar zu gern Sitten. Man wollte das Hotel Bellevue, in dem Mitglieder einer Ententekommission untergebracht waren, stürmen, konnte aber durch die Polizei daran verhindert werden. Zum zweitenmale wurde der versuch gemacht, die Kommunisten, die für sich, wie auch die Sozialdemokraten demonstrierten, nach dem Königsplatz ziehen konnten, wo es dann zu unvermeidlichen Zusammenstößen gekommen wäre. Es ist bedauerlich, daß in Berlin selbst diesen Tag das deutsche Volk nicht einig sah! Gelder tun es auch bei der Feier in Bevölkerende zu politischen Momenten. Es ist leider tätsache zweite Bürgermeister, der entgegen der zuvor getroffenen Vereinbarungen seine Verabredung es leider nicht lassen konnte, noch einer gemäßigten und angepaßten Rede vor einer Demonstration zu halten, die ihren Kongreß hinausgegangen Mittelpunkt in der Rede abschließen mußte. Wie man hört, wollen in den Stadtteilen Berlin Parteien zu feiern. Wie bedauern, daß an einem solchen Tage noch nicht einmal der Burgfrieden gewahrt werden konnte. Wie man sieht, weder in der Großstadt noch in der Kleinstadt!

München, Trauer.

München, 15. Januar. (Tel.) Schwarzumflorte Fahnen in den bahnfrischen und den allen schwarz-weiß-roten Reichsfahnen finden sich die Trauer bekundenden Flaggen. Das gestellten Saale des Odeons fand die offizielle Trauerfeier statt, an der die Spitzen der Behörden, Vertreter aller Korporationen erschienen waren. Zwischen der Ouvertüre und der Symphonie-Ouverture hielt Ministerpräsident von Knilling. Er legte ein Bekenntnis zum deutschen Gedanken zu Treuegelöbnis zum Reiche ab. Die Stimmung in München ist hochgespannt.

Stuttgarts Anteilnahme.

Stuttgart, 15. Januar. (Tel.) Stuttgarts Bürgerschaft versammelte sich, um Protest zu erheben gegen das Attentat der Franzosen und Belgier. Oberbürgermeister Lautenschlager und Staatspräsident Hieber hielten Ansprachen. Es kam niedergeschlagen zu patriotischen Kundgebungen.

Stettin, 15. Januar. (Tel.) Hier kam es bei den Kundgebungen zu Zusammenstößen. Ein Trupp von Versammlungsteilnehmern durchzog die Stadt, patriotische Lieder singend. Vor einem Hotel, in welchem die Ententekommission untergebracht ist, machte die Menge halt und wollte die Kommissionsmitglieder herausholen. Daran durch die Polizei verhindert, forderten sie von dem Besitzer des Hotels, er solle die dort schwarzumflorte Reichsfahne aufziehen. Als kurz darauf kleine schwarzumflorte und schwarzweiße Fähnchen aus den Fenstern hingen, sang die Menge mit Begeisterung wiederholt patriotische Lieder. Auch am Stettiner Rathaus erzwang man das Hissen der schwarzweißroten Fahne auf Halbmast.

Die Kommunisten verbrennen schwarzweißrote Fahnen.

Berlin, 15. Januar. (Tel.) Die Kommunisten Berlins benutzten die Demonstration der Nichtsarbeitenden zu Ausschreitungen. Auf dem Kottbuser Damm erwiesen sie sich als Fensterdemolierer. Sie rissen dort auf Holzmast aus Privatbesitzen hängende Fahnen herunter und stifteten sie mit sich im Zuge. Unter Absingen einer Internationale verbrannten sie dann diese Fahnen. Auch wurden verschiedentlich Passanten, die nationale Abzeichen trugen, angehalten.

Auch Dortmund und Barmen vor der Besetzung.

Paris, 15. Januar. (Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, sollen auch die Städte Barmen und Dortmund, und zwar so rasch als möglich, besetzt werden.

Befehl zum Waffengebrauch.

Essen, 15. Januar. (Tel.) Bei der Besetzung einer kleinen Gemeinde südlich Essen kam es zu Zwischenfällen. Die Quartiere der Franzosen wurden von der Bevölkerung mit Steinen beworfen. Daraufhin hat der kommandierende General der Besetzt ertreffen im Wiederholungsfalle rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Verlegung des nächsten Verfalltages.

Paris, 15. Januar. (Tel.) Die Reparationskommission hat beschlossen, den Termin für die deutschen Zahlungen vom 15. Januar auf den 31. Januar hinauszuschieben. Den Antrag hat Frankreich gestellt, weil, laut Havas, es nach französischer Ansicht notwendig sei, den verschiedenen Delegationen der Reparationskommission Zeit zu lassen, sich unter sich in verständigen und die Frage des Deutschland zu gewährenden Moratoriums in Muße zu besprechen. 24 Stunden vorher war die französische Ansicht noch die gewesen, daß ihrer Ansicht nach eine Verschiebung nicht zulässig dürfen, daß der italienische Widerstand gegen die Durchpeitschung des — angeblich nach Mussolinis früheren Vorschlägen verbesserten — belgisch-französischen Garantieprogramms ihre Zusammenbruch mit dem Moratorium ziemlich kräftig ist und vielleicht auch die Belgier nicht ganz sügsam sind. Nach dem Echo de Paris soll die Frist zu Verhandlungen zwischen Paris, Rom und Brüssel ausgenutzt werden. Das Sonderblatt Poincarés sagt, nach Havas, ein einjähriges Moratorium ins Auge und erörtert Mittel, um die in Poincarés Plan vom 2. d. Mts. auf 1 Milliarde Goldmark berechnete Produktivität der deutschen Pfänder auf 1½ Milliarden zu erhöhen, darunter die Steigerung der Kohlenlieferung auf 1 800 000 Tonnen. Das werde freilich, nach dem Echo de Paris, bedingen, daß Frankreich sich in den offenen, gemischtenen lokalen Besitz der Pfänder setze, also die ganze Produktion des Ruhrgebiets und des linken Rheinufers neu organisiere, was wiederum wichtige neue Probleme, beispielsweise das Währungsproblem, stelle.

Die Verfügung des Kohlenkommissars.

Essen, 15. Januar. (Tel. Amtlich. Vom Reichskohlenkommissar wird folgendes zur amtlich erlassen: Nachdem Frankreich und Belgien mit militärischer Macht in das deutsche unbesetzte Gebiet eingedrungen sind, ist Deutschland nicht mehr in der Lage, Kohlen und Koks an diese Länder zu liefern. Das Deutsche Reich leistet für diese Kohlen, die auf diese Weise für Reparationszwecke geliefert oder von ihnen beschlagnahmt sind, keine Zahlung mehr, auch nicht für die Kohlen, die auf Grund früherer Kohlen auf dem Bahn- und Wasserwege. Soweit bisher für Reparationszwecke gelieferten Kohlen für die Eisenbahn geeignet sind, sind sie an die Eisenbahnen abzuführen. Gartenfeen an die Gasanstalten, Elektrizitätskohlen an die Elektrizitätswerke, Hausbrandkohlen sind dem Hausbrand zuzuführen. Die Industrie- und Hausbrandkohlen sind in allererster Linie nach Süd- und Südwest-Deutschland und sonstige Gebiet zu schicken, damit die eingelassenen Absatzwege unnötigen in den bisherigen Umfange aufgeschlossen werden.

Keine Antwort Amerikas.

Washington, 15. Januar. (Tel.) Die Absendung des Protestes der deutschen Regierung gegen den Einmarsch in das Ruhrgebiet ohne Antwort erteilen. Ferner wird erklärt, die Regierung könne gegenwärtig keine Mitteilung geben, ob und wann sie der Reparationskommission helfend einzugreifen, gelegentlich werden könnte; sie unternehme deshalb in dieser Angelegenheit nichts.

Auch England schweigt natürlich.

London, 15. Januar. Wie verlautet, ist von der britischen Regierung keinerlei Erklärungsnote an den gestern von der deutschen Botschafter auf dem Foreign Office überreichten Protest der deutschen Regierung gegen das französisch-belgische Vorgehen zu erwarten. Die Absicht der britischen Regierung, die Entwicklung abzuwarten, bevor sie eine Aenderung ihrer Politik erwägt, dürfte unverändert bestehen.

Dollar: Gestriger Schlußkurs 10 750.

Für das Hohnsteinstrik wird zum baldigen Antritt ein

Hausmeister

gesucht. Reflektiert wird auf ein Ehepaar in den mittleren Jahren. Dasselbe wird geboten freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Schriftliche Meldungen unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 25 d. Mts. an den Magistrat einzureichen.

Der Magistrat.
Reichardt.

Wer?
hat größeren Lagerraum
(ev. Bodenraum) an
Kräuterhandlung
zu vermieten:
desgl. möbl. 2 Zimmerwohnung
an einzelnen Herrn, bei guter Miete zum 1. März oder 1. April 1923.
Angebote unter „Hertstedt" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Aus Bennedenstein.
Bekanntmachung.
Die Badeanstalt ist bis auf weiteres nur noch am Sonnabend jeder Woche geöffnet.
Bennedenstein, den 13. Januar 1923.
Der Magistrat.
Buehl.

Villengrundstück
zu kaufen gesucht bei sofortiger Auszahlung des Kaufpreises. Bedingungen können kurzer Zeit besprechbig. Ausführliche Angebote unter an Alla Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

Villa
im Harz von Selbstkäufer zu kaufen gesucht.
Ausführl. Offert. mit Preisangabe an Koscher, Berlin, Taubenstr. 45.

Nach dem Rheinland wird per 1. oder 15. Febr.
perfekte Köchin
bei gutem Lohn, freier Dienstkleidung für kleinen gutbürgerlichen Haushalt gesucht. Offert. unt. Nr. 110 an Hotel Fürst zu Stolberg, Schierke.

Speise-Kartoffeln
offeriert
G. Maeser Nachflg.

2 große Kochtöpfe, 1 Bratpfanne, 1 Kaffeekanne, 1 Teekessel, 1 Satz neu, Gläser u. Porzellan, Zahnstein-Paneuch, Schuhcreme, Bohnerwachs, Brasso, 1 engl. Nähmaschine zu verk. R. Kaiserin, 28, I.

Rasselunbehavk
Schaffland Berlin, Beilsbergerstr. 21, Ausk. Telephon Rasselbunden, Selbstverschluß Preisverzeichnis 180.

Landhaus
Pensionshaus od. Villa in schöner Lage, mit Zubehör in Thüringer Wald-Gau oder auch südlich gelegen, für Hotel- oder Pensionszwecke geeignet, sofort zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote u. Nr. 477 an Invalidenbank Leipzig.

Achtung!
Fabrikant, u. Kaufleute! Ich suche laufend
Fässer
aller Art und zahle die höchsten Preise. Angeb. an Gefässes, Bötticherei Benningerode.

Kaufe
u. höchsten Tagespreisen: Lumpen, Wolle, Papier, Knochen, Eisen u. Metalle.
Fr. Marquardt,
Produkten-Handlung,
Kleine Dammstr. 10.

Automobile
1 Last- und 1 Personenwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter „Automobile" an **Curt Förstering, Seimburg.**

Für Flügel und Pianos
auch reparaturbedürftige, zahle wie bekannt allerhöchste Preise
A. Zeitlitz, Magdeburg.
Immermannstr. 18a.
Telephon 6625.

Suche zu kaufen:
Große wissenschaftliche Fleischhauer-Bücher, Meyer u. Kull., Brehm 4. Aufl. Offerten unter B. 13 an die Werniggerober Zeitung.

Kontrollkassen
Marken, sowie neu, von der Kasse. Posener, Berlin NW. 21, Kreisbeer Str. 10

Dam.- u. Kinder-garderobe
fertigt preiswert und geschmackvoll an
Fr. Heilsmann,
Hilfeborstr. 1.

Zu kaufen gesucht:
eine zweirädrige
Ziehkarre
zum Holzfahren.
Angebote erbittet
Reg.-Rat von Schenck,
Westerinter. 40.

Bilderglas
kauft, Rahmen und Bild kann belassen werden. Offerten unter C. 285 an 5. Geschäftsst. N. Ztg.

Tüchtigen zuverlässigen
1. Hausdiener
sucht sofort
Hotel Weißer Hirsch,
Wernigerode

Von der Reise zurück.
Klinik wieder eröffnet.
Dr. Schlichting,
Frauenarzt.

Hobelbank
zu kaufen gesucht.
Angebote unter R. 481 an die Geschäftsst. d. Ztg.

2 möblierte Zimmer
mit je einem Bett von hohem Bautbewuten per sofort oder ab. 1. April **gesucht.** Eigene Wäsche wird verbunden. Auf Dauerverpachtung wird Wert gelegt! Angebote mit Preis unter N. 881 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

M. R. 1800

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015451 53-169518205192301150 1-2/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Polizei-Bericht.

Verloren: Geldsäcke mit Inhalt, abzugeben gegen gute Belohnung im Weidkamp. Hasselbusch, abzug. im Weidkamp. 1 Beil, abzugeben gegen Belohnung Wiesbleiger Str. 18, Becker. 1 Handbeleine abzugeben im Weidkamp.

Gefunden: Buch, Andenken, abzuh. Parentzstr. 5, Herm.

Entlaufen: 1 Dackel, abzugeben gegen Belohn. Bülowstraße 12, Heine.

Wernigerode, den 12. 1. 23.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922.

(1) Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Bezirk Wernigerode aufgefordert, bis vorgeschriebener Erklärungen über den Gesamtbetrag der Steuerpflichtigen Umsätze im Jahre 1922 bis spätestens Ende Januar 1923 dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

(2) Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb ist auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Gärtnerei, der Fischerei und der Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorhandensein eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufsarten, Redakteure, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

(3) Nicht steuerfrei Betriebe sind steuerpflichtig: eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 Mark Umsatz besteht nach dem Umsatzsteuergesetze vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

(4) Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen ausländische Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstverbrauch oder -verbrauch einnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der zu der Zeit und an dem Ort der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

(5) Die Einreichung der Erklärung kann durch ein ersuchsschreiben an wiederholende Geldstrafen bis zu je 600 Mark erzwungen werden. Unmöglichkeit in Fall ist zulässig, wenn meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt innerhalb einer Zwischenfrist der Gründe mitzuteilen (§ 392 der Reichsabgabenordnung).

(6) Das Umsatzsteuergesetz bedroht den Unternehmer, der den Betrag der Umsatzsteuer unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht, oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 5fachen Betrage der hinterzogenen oder erschlichenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

(7) Eine Einreichung der steuerlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Wie zu zwei Stück können von beiden Steuerpflichtigen bei den unterzeichneten Finanzamt kostenlos entnommen werden.

(8) Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Umsatzsteuerpflicht auch wenn Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

(9) Nichteinreichung einer Erklärung kann durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden, jedoch soll Ordnungsstrafe zu erkennen ist.

(10) Bei verspäteter Einreichung der Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer zuzuerkennen. Sind Nachsteuerungen über die veranlagten Umsätze nicht gestützt worden und wird dem Verpflichtungen über die Steuererklärung nicht genügt, so kann der Betrag der steuerpflichtigen Umsätze geschätzt werden.

(11) Gleichzeitig werden die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen darauf hingewiesen, daß Vorauszahlungen, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres eine Vorauszahlung auf die voraussichtliche Steuerschuld zu leisten haben. Ob der Steuerpflichtige das Kalendervierteljahr oder das Kalenderhalbjahr als Zeitraum für die Steuer nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in das der Steuerabschnitt fällt, veranlagt und fällig geworden, so ist die Vorauszahlung in Höhe des Betrages zu leisten, der sich aus der Steuererklärung ergibt. Ob der Steuerabschnitt mit dem Kalendervierteljahr zu erhalt der Steuerpflichtige im Monat März eine Aufforderung zur Abgabe von Vorauszahlungen unter Hinweis auf die Entrichtung von Vorauszahlungen unter Verwendung der bestehenden Jahresfristen, in denen die in den einzelnen Kalendervierteljahr vereinnahmten Entgelte, soweit sie umsatzsteuerpflichtig sind, mit ihrem Entgelten anzusetzen sind, zu führen sind; gleichzeitig ist die sich aus diesen Fristen berechnende Vorauszahlung zu leisten.

(12) Gilbt der Steuerpflichtige bei vierteljährlicher Berechnung eine Steuererklärung oder — bei jährlicher Veranlagung — eine Vorauszahlung innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres nicht ab, so bemißt die Steuerbehörde die Vorauszahlung auf mindestens ein Viertel der für das vorausgehende Kalenderjahre berechneten Steuer. Vorauszahlung wird gesichert.

(13) Beschließt man als Schlusse des Steuerabschnitts auf Grund der Veranlagung für die Gesamtumsätze festgesetzte Steuer den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H. der Vorauszahlungen, so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. des diesen übersteigenden Betrags. Es liegt daher im Interesse des Steuerpflichtigen, die Vorauszahlung nicht zu niedrig zu setzen, da bei endgültig zu berechnender Steuer annähernd gedeckt ist. Für nicht fristgemäß eingegangene Vorauszahlungen werden Verzugszinsen berechnet, die von dem Beginn der Verzugszinsen in Höhe gebracht werden. Ueberschreitende Beträge werden gegebenenfalls mit Zinsen zurückgezahlt oder auf die nächste Vorauszahlung angerechnet.

(14) Beispiel zur Darstellung der Rechtsfolge, die sich für den Steuerpflichtigen aus der nicht fristgemäßen und unzureichenden Leistungen von Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer ergeben:

Ein Umsatzsteuerpflichtiger, dessen Umsatz nach Ablauf des Kalenderjahres auf 100 000 Mark festgestellt worden sind, hat im Laufe des Kalenderjahres Vorauszahlungen entrichtet

1. am 2. Juni in Höhe von 20 000 Mk.
2. am 15. Juli in Höhe von 50 000 Mk.
3. am 28. Sept. in Höhe von 15 000 Mk.
4. am 15. Februar des nächsten Jahres in Höhe von 10 000 Mk.

Zusammen: 95 000 Mk.

Der Steuerbetrag würde also bei 100 000 Mark steuerpflichtige Entgelte bei einem Steuersatz von 2 vom Hundert 2000 ergeben. Da Umsatzsteuer von 100 000 Mark aber ihm am 15. März des auf das Steuerjahr folgenden Jahres zu. Er hat unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen noch den restlichen Steuerbetrag noch als Zinsen und Zuschläge zu tragen:

1. Wegen der Vorauszahlung für das erste Kalendervierteljahr, die bis zum 10. April des Steuerjahres fällig war, aber erst am 2. Juni in der Höhe geleistet worden ist, Zinsen mit 5 vom Hundert von 20 000 Mark auf 31 Tage (vom 1. Mai bis 1. Juni) — 211,20 Mk. und wegen der 50 Mk. Abzugs-Steuer) 314 Mk.

Von der eingezahlten 20 000 Mk. werden dabei von der Steuerschuld 314 Mk. als Verzugszinsen und nur der Rest von 19 686 Mk. als Steuerzahlung verrechnet.

2. Wegen der zweiten und dritten Vorauszahlung, die beide erst nach Ablauf eingegangen sind, kommen Verzugszinsen nicht in Frage.

3. Wegen der Vorauszahlung für das dritte Vierteljahr (die Vorauszahlung ist entsprechend der Frist vom 1. Februar bis 15. Februar (= 45 Tage) zu 5 vom Hundert von 15 000 Mark, also in Höhe von 170,83 Mk. abgerundet 170 Mk.

Diese 170 Mark werden ebenfalls von den eingegangenen 85 000 Mark als Verzugszinsen gezogen und nur die restlichen 84 830 Mk. als Steuerzahlung verrechnet.

Insgesamt ergibt sich eine Kürzung der Vorauszahlungen um 484 Mk.

Hieran kommt, da die nach der Veranlagung festgestellte Steuer 2000 Mk. betrug, der als Vorauszahlungen berücksichtigten Beträge (20 000 Mk.) überstieg, ein Betrag von 2008 Mk., d. h. 10 vom Hundert des die zulässige Abweichung von 20 vom Hundert übersteigenden Betrages (20 000 Mk.) hinzu. Der Steuerpflichtige hat hiernach wegen seiner nicht rechtzeitigen und unzureichenden Vorauszahlungen insgesamt 484 Mk. + 2008 Mk. = 2492 Mk. Zinsen und Zuschläge zu zahlen.

Wernigerode, den 10. Januar 1923.

Finanzamt.

Aus Derenburg.

Notgemeinschaft für den Landkreis Halberstadt.

Ein neues Jahr hat begonnen. Tiefe Schatten liegen auf seinem Wege. Sorge, Not und größtes Elend stehen vor der Tür. Wer die Verhältnisse möchte in den Bergen unserer Alten, in den Bergen vieler, die sich ihr Lebelang für die Ruhe eines Lebens bemühen haben, nicht zum wenigsten in den Herzen derer, denen der Krieg den Ernährer nahm, oder die Ernährer möglichen Berufsunfähigkeit, der Not des Hungers steht drohend im Hintergrunde. Die Sorge um die Ernährung unserer Kinder, die unsere Zukunft auffassen sollen, lastet schwer auf uns. Hilfe ist not unserem Leben und Enden.

Wir wollen helfen.

Noch können wir arbeiten, noch haben wir Arbeit. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Landkreis Halberstadt, die sich in der Notgemeinschaft zusammenfassen, haben sich die Hand gereicht, um in treuer Kameradschaft den Bedürftigsten zu helfen. Jeder Arbeitgeber und jeder Arbeitnehmer, die in Not und Brot stehen, mit beinahestehenden Dienste die Not der Zeit. Aber den Lohn einer Arbeitshunde, die außerhalb der täglichen Arbeitszeit geleistet wurde, den Arbeitgeber zur Verfügung und jeder Arbeitsgeber wird diese Arbeitsstunde mit doppeltem Lohn vergüten. Das Ergebnis fließt in den Fonds der Notgemeinschaft Landkreis Halberstadt bei der Kreiskommunalkasse. Seine Verteilung wird unter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgen. Die Arbeitnehmer beschäftigen, wird eine Sammlung herumgehen.

Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für den Landkreis Halberstadt.

Deutscher Landarbeiterverband.

Zentralverband der Landarbeiter.

Kreisausschuß des Landkreises Halberstadt.

!! Denken Sie stets daran !!

Die in Qualität unübertroffenen

Schäfer „Ast" Karamellen

wirken an beiden gegen: Husten, Katarrh, Halsentzündung, Heiserkeit, Verschleimung, Asthma und üblen Mundgeruch. Man nehme stets 4 - 5 Bonbons auf eine Tasse heißer Milch od. Tee.

Seit dem Jahre 1918 millionenfach bewährt.

Kein Nachahmungsartikel wie gewöhnliche Bonbon.

Nur echt in Packung mit Bild von „Schäfer Ast".

Gefällig in Warnigerode bei:

Thams & Garfs, Hamburger Kaffee-Haus, Breite Straße 42.

Unser neuer **Saft**

Bilder, Alleiniger, Bilden verschiedenen Art, schmeckt, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Kaiserl.-Kamelmalz-Saft einstreichen will. Erhältlich überall, wo nicht, sogar abgelehnt, mit Zuckerbonbon-Verbreitung. Fabrikerlaubnis Erfurt. Kaiserl. Patentamt. Zu haben Beiträge. In allen Bezirken, Progressen, Parlamente, in Polizeigeschäften erhältlich.

In Wernigerode in den Drogerien von Gustav Meisters und Gustav Meurer.

Ratskeller.

Täglich abends

Künstler-Musik.

Hotel zum Dären

Jeden Abend

Künstlermusik

Männer u. Frauen v. Wernigerode!

Montag, 15. Jan., abends 7½ Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

im Monopol, großer Saal (Eingang Garten).

Thema: Nieder mit dem Raubfrieden von Versailles.

Referent: Reichstagsabg. Wilh. Koenen, Halle.

Ein Fahrtpreis des wichtigen Themas sucht jeder Bürger und Bürgerinnen zum Wernigerode da, in Massen in der Versammlung zu erscheinen.

Alle Arbeiter!

Kommunistische Partei.

Der Vorstand.

Achtung Hausfrauen!

Wollen Sie viel Geld verdienen,

so drinnen Sie Dienstag und Mittwoch in den Gasthof zur Schänke (bei Mende)

Lumpen, Knochen, altes Eisen, Papier.

Zahle pro Kilo 60 Mark,

Außerdem übrigbleibt sämtliche Metalle

Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zinn

jedes Angebot.

Kaufe jedes Posten gewaschene und ungewaschene Schafwolle, Pferdehaare. Jede Gatten Felle zu höchsten Tagespreisen.

Hermann Klaus.

Suche Einfamilienh. oder Villa mit Garten

zu baurenden Wohnsitz oder Bauplatz. Offerten mit Angabe der Lage, Größe und Preis unter E. 282 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

2 bis 4 starke Pferde

fürs Gebirge gesucht, über 6 Jahre alt, eher nur Schimmel, kauft sofort

Hotel Fürstzu Stolberg

Schierke (Harz).

MÖBEL!

kaufen Sie auch heute noch billig direkt in der Fabrik

Grosse Auswahl in

Küchen, Schlafzimmern Ruhebetten, Sofa usw.

Auf Wunsch bequeme Zahlungsweise

Harzburger Möbelfabrik

7 große Schaufenster:

Märkisch & Co.

Bad Harzburg-Bündheim

Früh Albrechtstraße 63.

Hühneraugen

werden Sie sicher los durch

Hühnerauge-n-Beseitigungs-Pflaster

Hergestellt v. d. Inhaberin patentierten Pflaster-Schienen

Nur echt mit Firma und Schutzmarke.

Viele Dankschreiben. Viele Anerkennungen.

Viele Nachahmungen.

Stumpf. Aller Prospekte gratis. Versand.

Tücht., erfahren. Heizer

gesucht.

Offerten unter W. 283 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Herren-Gehpelz

zu verkaufen

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mauser-Pistolen

(Kal. 7,63), mit Anschlagkasten, auch andere Pistolen, Revolver, Prismen-Fernrohre, Jagdgewehre zu sehr hohen Preisen zu kaufen gesucht.

Werner,

Alt- u. Neuheits-Geschäft,

Hindenburgstraße 30,

Telephon 75.

Heute morgen 9½ Uhr entschlief sanft und wohlvorbereitet meine liebe, treusorgende Mutter, die Witwe

Minna Borchert geb. Veckenstedt

im 65. Lebensjahre.

Der tieftrauernde Sohn: **Hermann Borchert.**

Reddehber, den 13. Januar 1923.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. um 2 Uhr statt.

Kommse in den nächsten Tagen nach dort und kaufe

Prismen-Feldstecher

(Görz und Zeiß) und zahle für gute Gläser 40000 bis 50000 Mk. Off. u. P. 870 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Für mein Getreide-, Mehl-, Kartoffel- und Düngemittel-Geschäft

suche ich zu Ostern einen

Lehrling

mit guter Schulbildung.

G. Maasser Nachf.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar entschlief sanft nach kurzem, geduldig ertragenen Leiden unsere inniggeliebte, herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Kusine

Henni

im blühenden Alter von 17¾ Jahren.

In tiefem Schmerz:

Familie Albert Eppers.

Elbingerode, 14. Januar 1923.

Die Beisetzung findet Dienstag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-16951820519230115O1-12/fragment/page=0004

Harzer Post

Braunlager Tageblatt

Geschäftsstelle: Karl Müller, Braunlage im Harz, Herzog-Wilhelm-Straße 20. Fernsprecher Nr. 165.
Tagesanzeiger für die Gemeinde Braunlage.

Wernigeröder Kreiszeitung

Geschäftsstelle: Harzer Graph. Kunstanstalt, Wernigerode, Westernstraße 23, Fernsprecher Nr. 43.
Wirksames und verbreitetes Insertionsorgan.

Erscheint täglich mittags abends. Der Bezugspreis beträgt monatlich bei freier Zustellung ins Haus RM. Einzelnummer 20 Pfg. Postscheckkonto Hannover Nr. 44.

Nationale Tageszeitung für den gesamten Harz

Anzeigenpreis: 20 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte, für Ostmark u. Saar: 16 Mk. Textmillimeter 5mk 2 Mk. mehr für den Millimeter. Mindestpreis einer Anzeige 25 Mk. Rabattnachlaß 100 Mk. für den Millimeter. Anzeigen tags zuvor erbeten.

Redaktionelle Leitung: F. W. Forker verantwortlich für den gesamten Textteil; für Handel, Verkehr und Allgemeines: K. Angerstein. Für Anzeigen: O. Neuteck. Notationsdruck und Verlag Harzer Graphische Kunstanstalt Günther August Schneider sämtlich in Wernigerode.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des bereits entrichteten Bezugspreises.

Nr. 12. Montag, den 15. Januar 1923.

Die Deutsche Protestnote.

Berlin, 14. Januar. Die Reichsregierung hat dem hiesigen französischen Botschafter folgende Note mit der Aufforderung zur Weiterleitung an seine Regierung übermittelt:

Herr Botschafter!

Auf die Mitteilungen, die Ew. Exzellenz mir am 10. Januar mündlich und schriftlich gemacht haben und die gleichzeitig dem deutschen Botschafter in Paris von der französischen Regierung zugegangen sind, beehre ich mich im Namen der deutschen Regierung folgendes zu erwidern:

Die französische Regierung hat ebenso wie die belgische Regierung eine Aktion gegen das Ruhrrevier beschlossen, die sie als Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren und Beamten bezeichnet. Diese Kommission soll, von Truppen gestellt, die Tätigkeit des Reichsverbands übernehmen, die gesamte Durchführung der Programme der Reparationskommission überwachen und alle für die Bezahlung der Reparationen zuständigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zwecke soll sie mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet werden. Sie soll volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung, die Betriebe von Industrie und Handel des besetzten Gebietes erhalten. Auch soll sie befugt sein, von den Verwaltungsstellen, den Handelskammern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie von den Kaufleuten jede Auskunft zu verlangen und die Bücher und Bergwerke Fabriken, Bahnhöfe und andere Anlagen zu durchsuchen. Nach den der deutschen Regierung von den örtlichen Behörden zugegangenen Meldungen hat die Durchführung der Aktion inzwischen begonnen. Französische und belgische Truppen in bedeutender Stärke sind in das besetzte Gebiet zur Ausführung in das Ruhrgebiet eingegangen. Die französische Regierung gründet ihre Aktion auf die Feststellungen der Reparationskommission über den Stand der deutschen Kohle- und Holzlieferungen und behauptet, daß dabei auf die Paragraphen 17 und 18 der Anlage 2 zum Teil 8 des Versailler Vertrages. Zugleich erklärt sie, daß sie für den Augenblick nicht auf eine militärische Operation oder eine Besetzung mit politischem Charakter denke. Sie glaubt, hinzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zähle. In das große Interesse habe sie Frieden der Menschheit und die Unterhaltung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Schleier zerreißen, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werfen sucht. Die deutsche Regierung stellt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keineswegs Rechtsgrundlage für die Aktion in Anspruch entnehmen, daß diese Aktion gleichwohl eine Verletzung des Völkerrechts und des Vertrages von Versailles darstellt.

Nach den unzweifelhaften Feststellungen der Reparationskommission haben Deutschland bis zum 31. März 1922 mehr als Vorleistung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nicht anderes als die Forderungen von Versailles rechtfertigen. So hat die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund des §8 17 und 18 in diesem Falle offensichtlich keinen Sinn. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung des §8 17 und 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen in Betracht kommen, deren Bedeutung nach abgeschlossenen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das hinaus nur Maßnahmen sein, welche die Absichten in ihrem gegenseitigen Verhältnisse nicht wesentlich verschieben. Keine dagegen Maßnahmen, wie sie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet, die deutsche Verwaltung der deutschen Eisenbahnen bedeutet. Endlich können auch dem Vertrag etwa zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten alliierten Mächten gemeinsam, nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust, getroffen werden. Vorgeblich versuchte die französische Regierung die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüllen, daß sie der Aktion eine freundliche Benennung gibt. Die Tatsache, daß eine Armee in kriegsmäßiger Gefechtsentwicklung und Bereitschaft die Grenzen des unbesetzten deutschen Gebietes überschreitet, verursachte das Gegenteil von einer

militärischen Aktion.

Hieran wird nichts geändert durch die Erklärung, daß Frankreich keine militärischen Operationen oder Besetzung mit politischem Charakter beabsichtige, eine Erklärung, die übrigens nicht unwidersprochen bleiben kann für den gegenwärtigen Ruhrbefehl eingesetzten mehr.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die Regierung als einzigen tatsächlichen Anlaß für diesen Vertragsbruch die Tatsache hervorzuheben vermag, daß Deutschland bis zum Jahre 1923 mit verhältnismäßig geringen Mengen bei der Lieferung von Holz und Kohle in Rückstände geblieben ist. Auch den angedeuteten Rechtsanspruch, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrages unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit vier Jahre lang bewährt hat, gewährleistet gegenwärtigen Maßnahmen der französischen Regierung um mit starkem militärischen Aufgebot in deutsches Gebiet einmarschieren und die Hand auf den wichtigsten Teil der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewaltakt, die hiermit einen weiteren Bruch angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich den Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen wird, bei der Durchführung der feindlichen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück. Die deutsche Regierung hat dabei auf die Paragraphen 17 und 18 der Anlage 2 zum Teil 8 des Versailler Vertrages. Zugleich erklärt sie, daß sie für den Augenblick nicht an eine militärische Operation oder eine Besetzung mit politischem Charakter denke. Sie glaubt, hinzufügen zu sollen, daß sie auf den guten Willen der deutschen Regierung zähle. In das große Interesse habe sie Frieden der Menschheit und die Unterhaltung der Truppen zu erleichtern.

Die deutsche Regierung muß den Schleier zerreißen, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werfen sucht. Die deutsche Regierung stellt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keineswegs Rechtsgrundlage für die Aktion in Anspruch entnehmen, daß diese Aktion gleichwohl eine Verletzung des Völkerrechts und des Vertrages von Versailles darstellt.

Nach den unzweifelhaften Feststellungen der Reparationskommission haben Deutschland bis zum 31. März 1922 mehr als Vorleistung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nicht anderes als die Forderungen von Versailles rechtfertigen. So hat die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund des §8 17 und 18 in diesem Falle offensichtlich keinen Sinn. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung des §8 17 und 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen in Betracht kommen, deren Bedeutung nach abgeschlossenen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das hinaus nur Maßnahmen sein, welche die Absichten in ihrem gegenseitigen Verhältnisse nicht wesentlich verschieben. Keine dagegen Maßnahmen, wie sie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet, die deutsche Verwaltung der deutschen Eisenbahnen bedeutet. Endlich können auch dem Vertrag etwa zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten alliierten Mächten gemeinsam, nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust, getroffen werden. Vorgeblich versuchte die französische Regierung die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüllen, daß sie der Aktion eine freundliche Benennung gibt. Die Tatsache, daß eine Armee in kriegsmäßiger Gefechtsentwicklung und Bereitschaft die Grenzen des unbesetzten deutschen Gebietes überschreitet, verursachte das Gegenteil von einer

militärischen Aktion.

Hieran wird nichts geändert durch die Erklärung, daß Frankreich keine militärischen Operationen oder Besetzung mit politischem Charakter beabsichtige, eine Erklärung, die übrigens nicht unwidersprochen bleiben kann für den gegenwärtigen Ruhrbefehl eingesetzten mehr.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die Regierung als einzigen tatsächlichen Anlaß für diesen Vertragsbruch die Tatsache hervorzuheben vermag, daß Deutschland bis zum Jahre 1923 mit verhältnismäßig geringen Mengen bei der Lieferung von Holz und Kohle in Rückstände geblieben ist. Auch den angedeuteten Rechtsanspruch, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrages unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit vier Jahre lang bewährt hat, gewährleistet gegenwärtigen Maßnahmen der französischen Regierung um mit starkem militärischen Aufgebot in deutsches Gebiet einmarschieren und die Hand auf den wichtigsten Teil der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewaltakt, die hiermit einen weiteren Bruch angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich den Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen wird, bei der Durchführung der feindlichen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück